



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0013/2019

Vorlage: ST/0011/2019		Datum: 16.01.2019	
Kulturdezernentin			
Verfasser:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt	Az.: 40	
Betreff:			
Stellungnahme zum Antrag der SPD-Ratsfraktion: Einführung eines Kulturerlebnistages			
Gremienweg:			
24.01.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

Stellungnahme:

In die Handlungsfelder des kommunalen Bildungsmanagements wurde u.a. der Bereich „kulturelle und politische Bildung“ aufgenommen. Zielsetzung ist hier beispielsweise, dass in Koblenz die Angebote zur kulturellen und politischen Bildung zur Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben genutzt werden. Die regionalen, bildungs- und handlungsfeldrelevanten Akteure sollen vernetzt sein und ihre Angebote abstimmen.

Vor diesem Hintergrund fand z.B. am 17. Januar 2019 durch das Bildungsbüro Koblenz als Organisationseinheit des kommunalen Bildungsmanagements (Amt 40/ Kultur- und Schulverwaltungsamt) eine Informationsveranstaltung für Schulen zu Kooperationsmöglichkeiten im Bereich Musik statt. In 2016 wurde bereits eine ähnliche Veranstaltung mit den Museen organisiert und für den Bereich Geschichte ist eine entsprechende Fortführung vorgesehen.

Die Idee zur Organisation eines Kulturerlebnistages passt daher grundsätzlich in die Bestrebungen des kommunalen Bildungsmanagements und wäre eine sinnvolle Erweiterung der bereits durchgeführten Aktivitäten im Handlungsfeld „kulturelle und politische Bildung“.

In den öffentlichen Kultureinrichtungen gibt es bereits verschiedene Formate zu Kennenlernen resp. Reinschnuppern. Diese Angebote gilt es in einen ersten Schritt zusammenzustellen.

Über den Antrag und die Durchführung eines Kulturerlebnistages sollte allerdings zunächst im Fachausschuss beraten werden.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag zur Vorberatung in den Ausschuss für Kultur und Hochschulfragen zu verweisen.